

PRESSEMITTEILUNG

Private Altersvorsorge

Weniger Staatseingriff ist mehr

Weil die gesetzliche Rente schon bald nicht mehr ausreichen wird, fördert die Politik die private Altersvorsorge. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) stellt jedoch fest: Weil der Staat nur wenige Produkte unterstützt, kommt es zu unnötigen Marktverzerrungen. Außerdem machen einige Regelungen zu Steuern und Sozialabgaben manche Vorsorgeprodukte unrentabel.

Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht: Seit 2002 fördert der deutsche Staat die private Altersvorsorge über die Riester-Rente, andere Vorsorgeformen unterstützt er ebenfalls durch Steuererleichterungen oder indem er Sozialabgaben erlässt. Die Regelungen sind jedoch komplex und für die Anleger häufig kaum nachzuvollziehen. Noch stärker fällt die Tatsache ins Gewicht, dass der Staat vor allem nicht-zertifizierte Fondssparpläne und kapitalbasierte Lebensversicherungen mit so hohen Abgaben belegt, dass am Schluss nur wenig für den Anleger übrigbleibt: Trotz einer angenommenen Rendite von 3 Prozent pro Jahr bleiben laut IW-Simulation nach 35 Jahren teilweise nur etwas mehr als 45 Prozent des eingezahlten Bruttobeitrags als Rente übrig.

Selbst bei der Riester-Rente sorgen die fälligen Sozialabgaben dafür, dass sich diese Vorsorge bei einem Jahreseinkommen von 35.000 Euro im Vergleich zur betrieblichen Altersvorsorge weniger lohnt – lediglich Geringverdiener mit jährlich 18.000 Euro Einkommen machen ein Plus. Doch auch das, kritisiert die Studie, könnte unter anderen Bedingungen noch höher ausfallen. Denn solange es nur wenige steuerlich begünstigte Anlageformen gibt, ist die Gefahr groß, dass Kapital in wenig effiziente Produkte fließt.

Das IW Köln plädiert dafür, dass der Staat deutlich mehr Produkte fördert und dazu von einer Positiv- in eine Negativauswahl wechselt. Künftig sollten also nur jene Produkte benannt werden, die für die Altersvorsorge ungeeignet sind und die deshalb nicht gefördert werden. Die Förderung sollte sich allerdings ohnehin darauf beschränken, das entsprechende Kapital nur einmal – nachgelagert – zu besteuern. „Eine darüber hinausgehende Subventionierung ist falsch. Denn sie birgt die Gefahr, dass die Staatsausgaben erhöht werden, die Zielgruppe unterm Strich aber nicht wirklich mehr vom eigenen Geld fürs Alter zurücklegt“, erklärt IW-Expertin Susanna Kochskämper.

Susanna Kochskämper: Die Förderkulisse der privaten Altersvorsorge – Status Quo und Reformoptionen, IW-Report 23/2016

Ansprechpartner im IW: **Dr. Susanna Kochskämper, Telefon 0221 4981-887**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**